Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle resp. Postämter nehmen Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis pro Quartal 25 Silbergroschen, in allen Provinzen der Preußischen Monarchie 1 Thlr. 1¼ sgr.

Expedition: Krautmarkt № 1053

Im Verlage von Herm. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 11. Sonnabend, den 13. Januar 1849.

Bekanntmachung
wegen der Wahlen für die erste Kammer.

Am 29sten d. Mts., von früh 9 Uhr an, wird die Wahl der Wahlmänner für die erste Kammer in der hiesigen Stadt erfolgen. Dieselbe ist zu dem Ende und mit Rücksicht darauf, daß 1820 Urwähler für die erste Kammer eingeschrieben sind, in sechs Wahlbezirke getheilt worden, welche Folgendermaßen abgegrenzt sind:

I. Wahlbezirk:

Große Oderstraße 1—22. 61—74.
Neue Markt 23. 24. 949—954.
Heumarkt 25—29. 38. 39. 45—48. 135. 136.
Hagenstraße 30—37.
Küterstraße 40—44.
Langebrückstraße 75—85.
Beutlerstraße 86—98.
Haveling 110—115.
Schuhstraße 137—138.
Frauenstraße 932. 933.
Am Bullenthor 934—938. 1089—1091.
Hackstraße 939—942.
Reifschlägerstraße 49—60. 99. 100. 119—134.
Splittstraße 101—105. 116—118.
Königsstraße 106—109. 180—187.
Schulzenstraße 172—179. 336—343.
Mönchenbrückstraße 188—195 und 206.
Johanniskloster 196—205. 207—216.
Am Heiligengeistthor 217—229.
Rödenberg 230—255. 331.
Magazinstraße 256—258.
Rosengarten 259—276.
Heiligegeiststraße 332—335.
An der Mönchenbrücke 1181.

II. Wahlbezirk:

Rödenberg 318—330.
Rosengarten 277. 291—305.
Kuhstraße 278—290.
Kleiner Paradeplatz 489—495.
An der grünen Schanze 1184—1186.
Kleine Papenstraße 306—317.
Breitestraße 344—414.
Große Papenstraße 451—457.
Grapengießerstraße 415—428.
Kohlmarkt 429—433.
Mönchenstraße 434—438. 458—476. 596—609.
Jakobi-Kirchhof 439—450.

III. Wahlbezirk:

Kohlmarkt 154—156. 613—622.
Grapengießerstraße 157—171.
Mönchenstraße 610—612.
Baustraße 477—485.
Wallstraße 486.
Paradeplatz 487. 488. 500—546.
Kleiner Paradeplatz 496. 497.
Am Berliner Thor 498. 499.
Große Wollweberstraße 547—595.
Kleine Wollweberstraße 724—729.
Schuhstraße 139—146. 855—865.
Oberhalb der Schuhstraße 147—153. 623—628.
Fuhrstraße 629—651. 839—854.
Kleine Ritterstraße 808—811.
Große Ritterstraße 812—815. 832—838. 1178—1180.
Pelzerstraße 652—655.
Haus des Kaufmann Haase in der Neustadt.

IV. Wahlbezirk:

Pelzerstraße 656—664. 800—807.
Große Domstraße 665—679. 789—799.
Bollenstraße 680. 681. 785—788.
Kleine Domstraße 682—692. 765—776. 781—784.
Marienplatz 777—780.
Roßmarktstraße 693—695. 762—764.
Roßmarkt 696—701. 711—723. 757—761.
Aschgeberstraße 702—710.
Louisenstraße 730—756.
Königsplatz 816—828.
Am Königsthor 829—831.
Frauenstraße 866—883. 891—903.
Altböterberg 884—890.

V. Wahlbezirk:

Frauenstraße 904—931.
Neue Markt 948. 955—958.
Fischmarkt 959. 960. 963. 964. 1081—1084.
Aschweberstraße 961. 962.
Hakenstraße 965—970.
Pflugstraße 980—983.
Mittwochstraße 1057. 1058. 1074—1080.
Hühnerbeinerstraße 944—947. 1085—1088.
Klosterhof 1120—1164.
Baumstraße 984—1010. 1016—1024.
Hackstraße 943.
Krautmarkt 971—979. 1026—1028. 1053—1056.
Löcknitzerstraße 1029. 1030. 1052.
Fischerstraße 1032—1044.
Kleine Oderstraße 1045—1051. 1069—1073.
Neue Tief 1059—1068.
Am Bollwerk 1092—1097.
Am Holzbollwerk 1098—1103. 1175. 1176.
Junkerstraße 1104—1119.
Nagelstraße 1011—1015. 1031.
Petersilienstraße 1025.
Am Frauenthor 1165—1171.
An der grünen Linde 1172—1174.
Petri-Kirchenplatz 1182 a.—1183.
Unterwiek 1—54.

VI. Wahlbezirk:

Schiffbaulastadie 1—15 und 20—61 a.
Bleichholm 16—19.
Speicherstraße 61 b. — 81.
Große Lastadie 82—84. 165—198. 202—269.
Zimmerplatz 85—88.
Pladrinstraße 89—111.
Am Parnitzthor 270—276.
Am Pladrin 112—131.
Kirchenstraße 132—148.
Wallstraße 149—164.
Silberwiese.
Zachariasgang 199—201.
Oberwiek 1—101. 134. 137. 144.
Neue Wiek 102—133. 135. 136. 138—143.
Fürstenstraße 1—3.
Fortpreußen 1—32.
Bei der Kupfermühle 55—59.
Grünthal.
Grünhof 1—37.
Kronhof 1—2.
Friedrichshof.
Charlottenthal.
Piepenwerder.
Kirchhof der jüdischen Gemeinde.
Alt-Tornei 1—5.
Neu-Tornei 1—41.

Die Wahlen werden:

Bezirk:	abgehalten im:	geleitet vom:
1ster	Schützenhaus-Saal,	Ober-Bürgermeister Wartenberg,
2ter	Saal der Friedrich-Wilhelms-Schule,	Stadtrath Friedrich,
3ter	Saal im Baierschen Hofe, Louisenstraße No. 745,	Stadtrath Bethe,
4ter	Saal des Gymnasii,	Bürgermeister Schallehn,
5ter	Abendhallen-Saal im Börsenhause,	Stadtrath Grützmacher,
6ter	Kasino-Saal im Börsenhause	Stadtrath Weinreich.

In jedem Wahlbezirke werden drei Wahlmänner gewählt.

Im Uebrigen findet bei diesen Wahlen dasselbe Verfahren statt, wie bei denen für die zweite Kammer nach unsrer desfallsigen Bekanntmachung vom 30sten v. Mts. Stettin, den 10ten Januar 1849.

Der Magistrat.

Im Regierungsbezirk Cöslin sind die Wahlorte der zwei Bezirke zur ersten Kammer:

1. Stolp für die Kreise Lauenburg, Bütow, Stolp, Rummelsburg, Schlawe und Fürstenthum (theilweis.)
2. Polzin " " " Fürstenthum (theilw.) Belgard, Schielvelbein, Dramburg, Neustettin.

Die Wahlorte der drei Bezirke zur zweiten Kammer sind:

1. Stolp für die Kreise Stolp, Rummelsburg, Bütow, Lauenburg.
2. Cöslin " " " Schlawe und Fürstenthum (theilw.)
3. Louisenbad bei Polzin Belgard, Schievelbein, Neustettin, Fürstenthum (theilw. mit der Stadt) und Dramburg.

Im Regierungsbezirk Stralsund ist der Wahlort zur ersten Kammer Stralsund.

Die Wahlorte der beiden Bezirke zur zweiten Kammer:

1. Stralsund für die Kreise Franzburg und Rügen.
2. Grimmen " " Grimmen und Greifswald.

Deutschland.

Berlin, 11. Januar. Der Minister des Innern hat folgende Cirkular-Verfügung an sämmtliche Königliche Regierungen erlassen:

Mit Rücksicht auf den Artikel 77 der Verfassungs-Urkunde, wonach Niemand Mitglied beider Kammern sein kann, sind Zweifel darüber entstanden, ob Jemand, welcher die Wahl zum Mitgliede der zweiten Kammer angenommen, bei den später erfolgenden Abgeordneten-Wahlen für die erste Kammer wählbar zu erachten sei?

Ich nehme keinen Anstand, diese Frage zu bejahen, indem einem jeden Abgeordneten die Verzichtleistung auf das bereits übernommene Mandat unzweifelhaft freisteht, und daher auf diesem Wege das spätere mit jenem unvereinbare Mandat realisirt werden kann.

Die Königliche Regierung wolle die in dieser Beziehung obwaltenden Zweifel in geeigneter Weise beseitigen.

Berlin, 9. Januar 1849.

Der Minister des Innern. (gez.) von Manteuffel.

Berlin, 11. Januar. (Gegen wen? Der vierte Trompetenstoß.) „Das Central-Komitee für volksthümliche Wahlen im preußischen Staat" sagt, daß es Ruhe und Ordnung will, daß es Gesetz und Freiheit will, daß es die Revolution verhüten will, daß es zum Wohle des Vaterlandes und im Interesse der wahren Ruhe Männer wählen will. — Man soll seinem Nächsten nichts Böses zutrauen. Aber es ist ein eigen Ding, wenn Einer die Schwächen oder die Neigungen des Andern, welchen er braucht, gar zu stark benutzt! Das „volksthümliche" Komitee redet die Wähler an und will die Wähler bekehren. Nun weiß es recht gut, daß dem Volk im Allgemeinen Unordnung und Unruhe zum Gräuel geworden sind, daß es die Freiheit liebt, aber die Herrschaft des Gesetzes fordert, daß es die Revolution verabscheut. Es ist gar auffällig, daß die „Volksthümlichen" so mit der „Ruhe," der „wahren" Ruhe, der „Ordnung," dem „Gesetz," dem „Verhüten der Revolution" um sich werfen! Das klingt beinahe, wie wenn Jemand einer alterschwachen Person etwas einreden wollte, indem er ihr zum Munde spricht. Wir wollten aus diesen Volksthümlichen uns dreist Einen heraus greifen und auf sein Gewissen fragen, ob es ihm selbst heiliger Ernst mit der Ruhe und Ordnung, der „wahren Ruhe" sei? Sodann, ob es ihm immer so bitter Ernst mit dem Gesetz gewesen sei? Wir haben mit vielen Menschen im Verkehr gelebt, welche nicht unserer Meinung waren; daher ist uns bekannt, wie diejenigen, welche auch im März und April, im Juni und Juli, im August und September so für die Ruhe und Ordnung und Gesetzlichkeit und Mäßigung gesprochen haben, von den „Volksthümlichen" verspottet worden sind als „Fanatiker der Ordnung," als „Fanatiker der Ruhe," als „Götzendiener des Gesetzes!" Wir hörten mit eigenen Ohren, wie ein alter und ergrauter Mann der Wissenschaft, der berühmte Mathematiker Jakoby, im Klub sich darüber lustig machte, daß man solche einfältige Reden noch führte, und so nichtssagende Worte, wie: Ordnung, Gesetzlichkeit „in den Mund" nähme. Da lohnte dem Redner gegen Ordnung und Gesetzlichkeit rauschender Beifall.

Das ist ein arger und elender Servilismus, welcher den Mantel nach jedem Winde hängt, wenn das Volk von der glorreichen Revolution spricht, das Gesetz und die Ordnung und die Ruhe zu verhöhnen, und, wenn bald darauf das Volk in sich geht und Ehrfurcht vor dem Gesetze, Liebe zur Ordnung und Interesse für wahre Ruhe bezeigt, dann gleich mit der Sprache wieder umzuschlagen und „für Gesetz und Ordnung" und „im Interesse wahrer Ruhe" zu sprechen.

Wahrlich, wahrlich! auch das Volk hat seine Schmeichler und die ihm zum Munde reden. Der Volksfreund aber sagt die Wahrheit, auch wenn sie bitter schmeckt, — dann heißt es oft: Steinigt ihn, steinigt ihn! Doch er stirbt wie Stephanus, und die Maulhelden sind „volksthümlich" und „populär" und doch nicht werth, daß die Sonne sie bescheint!

Wir wollen aber in allem Ernst nicht wahr haben, daß das „volksthümliche" Komitee geheuchelt hat. Es liegt etwas Anderes weit näher und eine Schlechtigkeit soll man nie voraussetzen. Es gehört wirklich Charakter dazu, damit man, wenn ein gewisser Geist, sei es ein guter oder mehr oder weniger schlechter, in die Masse des Volks fährt, sich selbstständig und frei bewahrt und nicht mit fortreißen läßt. Nun war gerade jetzt eine gewaltige Zeit, welche starke Stämme der herrlichsten Eichenwälder entwurzelt hat. Der Wind wehete von Westen stark herüber, so daß die Revolution, die doch allerhöchstens verzweifelte Nothwehr ist, als etwas „Glorreiches" erschien und alle Schwächlinge, die vom Wehen des Geistes, welcher in die Massen fuhr, mit ergriffen waren und mit dem Strom der Tageswelle schwammen, schrieen: „Glorreich, glorreich!" Ruhe und Ordnung war damals Nebensache. Das Gesetz hatte keine Autorität. Jeder Einzelne taxirte es, ob es „moralisch" wäre und ein Gesetz, was er für veraltet und unbrauchbar hielt, das war gar kein Gesetz; ein solches Gesetz verachten, galt für Recht; ein solches Gesetz achten, hielt man für Unrecht. In Wien entstand noch im Oktober eine gar elende neue Revolution, da waren unsere „Volksthümlichen" wie besessen und wäre Herr Waldeck Minister gewesen, seiner glühenden Sprache am 31. Oktober nach zu urtheilen, er hätte den Wienern zu Hülfe eine Armee geschickt. Auch Herr Rodbertus und Herr Schulze von Delitzsch sprachen für die „Freiheit" für die Wiener Revolution! —

Jetzt weht der Wind von einer andern Seite, vielleicht etwas stark östlich, nun wendet sich das Blatt. Alles ruft: Frieden, Ordnung, Ruhe, Gesetz! Das ist ganz natürlich und auch schöner als jene Trunkenheit. Aber vom Charakter zeugt es nicht, wenn man gestern noch für die Wiener Revolution schwärmte und heute „im Interesse wahrer Ruhe" schwärmt. Die Schwächlinge schwimmen wiederum mit dem Strome!

Aber ein mündiges Volk betrachtet und prüft sich seine Prediger und Lehrer. Ein sittenloser Kaplan, der mit liederlichen Dirnen sich umher getrieben hat, der darf in der Gemeinde nicht das sechste Gebot anempfehlen. Ein Revolutionsmann darf nicht von Gesetz und Ordnung, von Verhüten der Revolution und „im Interesse wahrer Ruhe" predigen!

Wer sich aufwirft, dem freien Volke ein Rathgeber und Führer zu sein, der muß in den Stürmen des Jahrhunderts Stand halten können und Stand gehalten haben. —

Außerdem schlägt, was das „Komitee für volksthümliche Wahlen" verlangt, in das Gegentheil dessen um, was es zu bezwecken vorgiebt. Sie wollen das Gesetz und verwerfen die Verfassung vom 5. Dezember. Sie wollen Ordnung und bringen Verwirrung in den Staat; sie wollen Freiheit und setzen die Volksrechte wieder auf das Spiel. Sie wollen „die Revolution verhüten" und predigen selbst die Revolution! Sie handeln „im Interesse wahrer Ruhe" und stiften Unfrieden; ihre „wahre" Ruhe ist wohl Unruhe. Genug, wenn diese Männer nicht schuldig sind, so wissen sie wenigstens nicht, was sie thun! Wer wollte sich aber von Blinden führen lassen?! — (P.-C.)

Berlin, 12. Januar. (Gegen wen? Der fünfte Trompetenstoß.) Das „Central-Comitee für volksthümliche Wahlen im Preußischen Staate," mit welchem die Anhänger des demokratischen Congresses, die äußerste Linke der National-Versammlung mit ihrem Anhang und die Linke derselben Versammlung mit ihren Angehörigen jetzt gemeinschaftliche Sache machen will, daß „im Interesse der wahren Ruhe" und „zum Wohl des Vaterlandes" gewählt werde, und will nicht, daß die Zeit der Revolution wiederkehre. Wir wollen uns nun einmal fest darauf verlassen, daß dies ernst gemeint sei. Dann wollen wir aber prüfen, ob die vorgeschlagenen Mittel auch diesem lobenswerthen Zweck entsprechen. Und da finden wir, daß das, wozu das „Comitee für volksthümliche Wahlen" gerathen hat, gerade seinem Zweck zuwider die Zeit der Revolution erneuert.

Die Abgeordneten nach dem Herzen des „volksthümlichen Comitees" sollen die Verleihung der Verfassung als einen ungesetzlichen Akt des Ministeriums Brandenburg erklären; die Verfassung soll also nicht gültig sein? Preußen soll wiederum ohne Constitution sein? Der König soll wiederum mit einer gesetzlich nicht beschränkten Macht dastehen, gegenüber einer Versammlung, deren Recht gar nicht beschränkt, oder deren Recht zwar beschränkt, aber deren Macht durch diese Schranke nicht zu bändigen ist! — Die Abgeordneten nach dem Herzen des „volksthümlichen Wahl-Comitees" sollen sich gegen alle Folgen aus der Verfassungsverleihung verwahren; es sollen also die Wahlen zur ersten Kammer, welche doch von dem Volke ausgegangen sind, nichtig sein, es müssen demnach auch die Wahlen zur zweiten Kammer nichtig sein, denn beide berufen sich auf dasselbe Gesetz, auf die Verfassung vom 5. Dezember; es soll dann also wieder nur Eine Versammlung sein und alle Nachtheile, daß nur Eine Versammlung beschließt, kommen wieder hervor, aber diese Versammlung ist außerdem ohne alles Gesetz, denn sie soll sich berufen auf das Gesetz vom 8. April, danach ist nicht gewählt. Sie ist gewählt auf die Verfassung vom 5. Dezember, aber die bestreitet sie gerade! Das ist die Revolution.

Die Abgeordneten nach dem Herzen des „volksthümlichen Comitees" sollen das unterbrochene Werk der Vereinbarung mit dem Könige fortsetzen. Das heißt, sie sollen in ihren Berathungen da weiter fortfahren, wo eine ganz andre jetzt aufgelöste Versammlung stehen geblieben ist. Sie sollen dem Könige zum Trotz, der den Weg der Revision zum Zweck der Vereinbarung geöffnet hat, mit dem Könige vereinbaren!

Ja, sie vereinbarten dann „mit dem Könige," wie die Steuerberaubung „vereinbart" wurde! Sie würden dann mit dem Könige die Revolution „vereinbaren!"

Denke man sich nur den Verlauf, wenn es so kommt, wie dies Comitee es verlangt: die beiden Kammern werden vom Könige eröffnet. In der zweiten Kammer wird der Antrag gestellt, eine Commission zu ernennen, um die Verfassung als Regierungsvorlage zu prüfen, und die erste Kammer aufzufordern, daß sie solange keine Sitzungen halte. Die Folge ist, daß entweder gleich die zweite Kammer zwiespältig wird, oder daß die erste Kammer in ihrem guten Rechte beharrt und es dann zu einer Auflösung der zweiten Kammer kommen muß oder daß beide gemeinschaftlich gegen König und Verfassung wirthschaften — genug, Ein flüchtiger Blick dahinein und Jedermann erkennt, in welcher Weise das, was das „Comitee für volksthümliche Wahlen im Preußischen Staat" zum „Wohl des Vaterlandes" will, zu dessen Verderben ausschlägt; wie das, was es im „Interesse der wahren Ruhe" verlangt, eine noch nicht dagewesene Unruhe bringt; und daß, wenn es die Revolution verhüten will, dieses „volksthümliche Comitee" mit seinen unweisen Rathschlägen gerade die Revolution herbeiführt. (P.C.

— In Pommern und Preußen sucht man auf eine eigenthümliche Art die demokratischen Flugblätter zu verbreiten. Viele der Berliner Manufakturwaaren-Engrossisten (meist Juden) bieten dazu die Hand. Sie schicken die Plakate in Masse an ihre Kunden in den kleinern Städten und diese übergeben sie wieder ihren Abnehmern, den sogenannten Bündeljuden (Hausirern — denen eigentlich dies Gewerbe gänzlich verboten ist), welche sie auf ihrem Geschäftswege überall auf dem Lande verbreiten. Wir machen auf dieses Manöver aufmerksam. Als Beförderer dieser Verbreitung werden ganz offen u. A. die Firmen: Kommerzienrath Liebermann und Söhne und Jak. Abrah. Meier genannt; wir führen sie hier auf, um den Herren Gelegenheit zn geben, jenen Verdacht zurückzuweisen. (N.P.Z.)

— In einem Keller der Leipziger Straße traktirte vorgestern Abend ein fremder Herr die Stammgäste aus dem souverainen Volk sehr freigebig. Nachdem er die Ideen seiner Gäste genug angefeuchtet glaubte, fing er an, Vorträge über das Thema zu halten: Wen wählen wir? und war eben im besten Fluß von Freiheit und Volksrechten, wie nur Männer wie v. Unruh würdig wären, zu Vertretern des Volks gewählt zu werden u. s. w., als plötzlich die Kellerthür aufgerissen wurde und eine Stimme hereinbrüllte: „Soldaten und Constabler kommen!" Mit einem Satze war der Redner an der Thüre und flüchtete hinaus, Hut und Regenschirm im Stiche lassend. Letztere müssen nun dem Wirth zum Ersatz für eine Zeche von mehr als 9 Thlr. dienen. Von Soldaten und Constablern war aber keine Spur, ein Straßenjunge hatte sich mit der Gesellschaft den Spaß gemacht! (N.P.Z.)

Frankfurt, 9. Januar. Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wie eine Ständeversammlung nach der andern, wie selbst Mainz und Hanau sich für die Berufung Preußens an die Spitze Deutschlands aussprechen; die Macht und Wahrheit der wirklichen Verhältnisse ist stärker als die kleinen Differenzen und selbst als die gewohnten Vorurtheile, die man beide von gewissen Seiten her mit wachsendem Eifer bemüht ist zu stacheln und zu reizen, um sie dann zum eigenen Gewinn, wenigstens für Gewinn hält man es, anszubeuten. Es muß Deutschland doch endlich klar werden, wo redlich sein Interesse gewollt wird, und wo nicht. Wir hörten Oesterreicher sagen: „Wozu Schiffe kaufen? wäret ihr politisch gescheidt, so müßtet ihr wissen, daß ein Wort Oesterreichs in Kopenhagen mehr bedeutet, als 100,000 Preußen oder Reichstruppen in Jütland; denn Rußland würde auf Oesterreich hören." Und während des Sommers 1848 saß der österreichische Gesandte ruhig in Kopenhagen, während man kämpfte, während man unterhandelte, „und that nichts Gutes und that nichts Schlechtes." Daß Oesterreich sprechen konnte, ist gewiß; ob es sprechen würde, nachdem Deutschland so dumm gewesen wäre, so politisch gescheidt sein zu wollen, ist eine sehr andere Frage, die sich freilich aus früheren Analogien leicht genug beantworten ließe. Man fabelt uns von dem Reiche von 70

Millionen, dem europäischen Mittelreiche unter österreichischem Scepter. Wir kennen das aus dreihundertjähriger Erfahrung, und Deutschland ist darüber schwach und elend geworden — bis endlich aus den Trümmern des zerfallenen Vaterlandes sich ein neuer Staat aufzubauen begann.

In demselben Jahre, wo Oesterreich durch die Verwirklichung der pragmatischen Sanktion Deutschland preisgab für die Gesammtmonarchie — denn Maria Theresia's Anfang war der Kampf gegen Kaiser und Reich — in demselben Jahre begann Friedrich II., der erste Vertreter einer neuen wiederbeginnenden deutschen Politik gegen die österreichische. Er verschmähte die Theilung nach der Mainlinie, die ihm Kaiser Joseph bot; er vertrat zweimal das noch bundesstaatliche Reich gegen die Machtgelüste Wiens. Die Wittelsbacher scheinen vergessen zu haben, wer ihnen Baiern rettete. Wahrlich, wir rühmen die preußische Politik in Betreff Polens, in Betreff des Baseler Friedens nicht; aber sie ist Tugend gegen die Künste, welche Kaunitz, Lehrbach, Thugut, Metternich geübt haben, — gelehrt haben, würde man auch heute noch sagen, wenn nicht der Name Stadion das Gedächtniß des herrlichen Jahres der Erzherzoge Karl und Johann erneute, — jenes Jahres 1809, dessen Programm gleichfalls nur zu schnell als „nur mißverstanden" in Abrede gestellt wurde. Und sollen wir an den traurigen Waffenstillstand von 1813 erinnern — an jene schwülen Tage und Wochen die alten Freiheitskämpfer erinnern, die noch in unserer Mitte weilen? — Auch damals sollte die Befreiung Deutschlands darauf warten, bis Oesterreich „fertig" sei, und Oesterreich setzte Alles daran, jenen „höchst elenden Frieden" durchzusetzen, der den Rheinbund bei Frankreich lassen, Preußen mit der Elbe begrenzen sollte. Oder ist es vergessen, wie nach der Leipziger Schlacht und dem Tage von Hanau in Frankfurt unterhandelt wurde und Oesterreich — „kein preußischer Staatsmann ward zugezogen" — die Anerkennung der Rheingrenze forderte? oder vergessen, wie Oesterreich am 3. Januar 1815 die schlaue Allianz mit Frankreich und England schloß, um die arrondirte Herstellung Preußens unmöglich zu machen, jenes Meisterstück der Diplomatie, welches die Begeisterung Deutschlands brach und Preußen in die Arme Rußlands treiben mußte, — getrieben hätte, wäre das damalige Preußen nicht kühn genug gewesen, durch Annahme jener Gebiete am unteren Rhein eine staatliche Gestalt zu übernehmen, die hinfort sein Schicksal unauflöslich mit dem Deutschlands verschmelzen mußte, in dem Maße, daß es damit die Möglichkeit aufgab, als Preußen eine Großmacht zu sein oder zu werden, es sei denn, daß sein Name fortan in dem Deutschlands aufgehe, wie einst der der Brandenburger in dem preußischen — eine Stellung, die erst vollkommen würdigen läßt, was es bedeutete, wenn der König in einer Proklamation sagte: „nur Deutschland hat gewonnen, was Preußen erworben hat," — eine Stellung endlich, die an Preußen die Vorhut zugleich im Osten und Westen gab und es zu jenen ungeheuren militairischen Anstrengungen, Vorbereitungen, Bauten rc. zwang, die es — wahrlich im Interesse Deutschlands — zu schaffen kein Opfer gescheut hat. Und Oesterreich dagegen? es zog sich völlig von den vorderen Gebieten zurück, es „arrondirte sich." Als 1815 in den Pariser Verhandlungen Preußen den Elsaß forderte, vor Allem um Straßburgs willen, gab es Oesterreich auf, da die Großfürstin Katharina nicht dem Erzherzog Karl, sondern dem Kronprinzen von Würtemberg zu Theil wurde. Aber in den inneren Grenzregulirungen erzwang es mit wahrlich nicht bundesfreundlichen Drohungen von Baiern, das schon den Tyrol hingegeben, auch jene Gebiete noch, die den Südwesten Deutschlands nicht militairisch schützen, aber beherrschen. Auch dies scheint man in München vergessen zu haben. Oder liegt nicht immer noch der Südwesten Deutschlands offen? Freilich nicht mehr so wie 1840; aber wir kennen so ziemlich die heimliche Geschichte und ihrer Verzinsungen, die seit 1815 zum Bau der Bundesfestungen bestimmt waren und nicht verwendet wurden; und als endlich die Mahnungen Preußeus durch den Unwillen der öffentlichen Meinung unterstützt wurden, folgten jene Verhandlungen über die Anlagen der Ulmer Befestigung, die dem Wissenden eine nur zu deutliche Mahnung sind, was Oesterreichs Interesse an Deutschland ist. Man spricht von der Anmaßung Preußens, Deutschland ohne Oesterreich vereinigen zu wollen. Sprechen wir nicht davon, daß es die Revolution von 1848 damit besiegelt, daß es sofort that, was 1817 Oesterreich zu thun gehindert hatte, „damit Preußen eine europäische Macht bleibe", daß es nemlich auch mit dem Rest seiner Gebiete in den deutschen Bundesstaat eintrat. Wohl wären noch hundert und hundert Dinge, oft mißkannte oder mißdeutete, zu erwähnen. Heben wir nur Eins hervor. Durch Preußen ist der Norden Deutschlands gedeckt; wer nur irgend Einsicht hat, weiß, daß eine Vereinigung Norddeutschlands mit der Mainlinie unendlich stärker in sich sein würde, als ein Hinzunehmen des Südwestens. Für Oesterreich ist dieser Südwesten militairisch allerdings wichtig, er wird langsam preisgegeben, damit man sich dahinter sammeln kann, während sich die Armee in Oberitalien auf Mantua zurückzieht. Geschützt und gerettet kann dieser vorspringende Winkel Deutschlands nur von Luxemburg und Mainz aus werden; ja wie jetzt die Kraft Süddeutschlands ist, steht dem Feinde der Weg bis Erfurt offen, wenn es auch Oesterreich hindern wollte. Auch dies scheint man in München nicht wissen zu wollen, wenigstens 1840 schloß man sich von denjenigen Verhandlungen aus, auf die Preußen mit Würtenberg und Baden und Sachsen so bereitwillig einging.

Wir tadeln den politischen Egoismus nicht, den Oesterreich jetzt wieder mit so zuversichtlicher Virtuosität übt; aber es gestatte uns anderen Menschen, daß wir durch Erfahrung belehrt, endlich auch wissen, was uns Noth ist; es schreie nicht über Verrath an deutschen Brüdern, über Bruch der Verträge, über preußischen Ehrgeiz und drohe nicht mit dynastischen Vereinbarungen und diplomatischen Desavouirungen, vor Allem, es bespreche nicht mit Rußland, das „eine schützende Hand über die deutsche Verfassung von 1815" hält, die Oktroyirung einer Verfassung für Deutschland, wenn endlich „aus den Splittern — wie zu unserer wahren Freude die Reichstagszeitung vom 6. Januar sagt — in welche unser Volk zerfallen ist, ein einziger mächtiger Stamm sich bilden will, der Mark und Lebenskraft in sich entfalte." Es wisse, daß wir endlich aufhören wollen, von der Politik der Gesammtmonarchie gehemmt, mißleitet, mißbraucht zu werden; es erkenne endlich, daß Oesterreich selbst in dem Maße stärker wird, als ihm zur Seite ein freies und einiges Deutschland erstarkt, das Rücken an Rücken mit ihm steht, um die schwächsten Stellen des Vaterlandes, Nördlingen und Leipzig, zu schirmen, das den Kernstoß Frankreichs, auch den gegen Oberitalien, die Achillesferse der Gesammtmonarchie, in die Flanke nimmt, während Oesterreich den Kernstoß Rußlands auf die Oder und Elbe, eben so auf dem linken Flügel flankirt. In Summa, Oesterreich höre auf zu neiden; auch ohne Baiern, ohne Schlesien ist es groß genug und im aufrichtigen Bunde mit Deutschland stark genug. Daß unserer Seits der Bund aufrichtig sei, dafür ist der Beweis, daß wir nicht die von Joseph II., von Metternich 1815 angebotene Mainlinie wollen, sondern daß wir für uns die Südwestecke fordern und für sie einstehen. Wie unsre Schwächen, so unsere Interessen binden uns aneinander; so wenig wir den Böhmen die Elbe sperren wollen, wird Oesterreich den Baiern und Würtembergern die Elbe versagen können.

Wir schließen mit dem Wunsch: Oesterreich gewähre Preußen, was es selbst unwiederbringlich verloren hat, als 1806 sein erster und unser letzter Kaiser — der letzte hoffentlich nur bis zum 42jährigen Interregnum — erklärte: „Wir halten es unsern Grundsätzen und unserer Ehre schuldig, auf eine Krone zu verzichten, welche nur so lange Werth in unsern Augen haben kann, als wir dem uns bezeugteu Zutrauen der deutschen Fürsten und Völker zu entsprechen und den übernommenen Obliegenheiten zu genügen im Stande waren." Es gewähre diese 1815 wieder angebotene und wieder abgelehnte Krone der Dynastie, welche jene Obliegenheiten zu erfüllen Willens und im Stande ist, und welche das Zutrauen des deutschen Volkes und, so Gott will, der deutschen Fürsten dazu beruft. Den es gilt hier, was 1815 Talleyrand in anderer Wendung sagte: Le roi de Prusse est un principe, tout le reste est une intrigue. (D. Z.)

Oesterreich.

Wien, 8. Januar. Durch den Courier, welcher die Nachricht der Einnahme von Ofen und Pesth an den Kaiser überbrachte, ward dieselbe für Wien nur telegraphirt, daher noch bis zum Abend die näheren Details fehlten. Man behauptete, daß Windischgrätz die letzte an ihn gesandte Deputation zu deren eigener Sicherheit zurückgehalten habe. Mit diesem Schlage betrachtete man die Ungarische Angelegenheit als entschieden und glaubte, daß auch ein Theil der Armee sich ohne Aufenthalt den niederen Donaugegenden zugewendet habe, um die Bezwingung des Landes zu vervollständigen und die Häupter der Insurrektion einzufangen. 24 derselben wurden im Voraus als dem Tode verfallen betrachtet, so wie man sich überhaupt auf Maaßregeln der Strenge gefaßt machte. — Gestern verlautete, daß unsere Truppen sich Venedig's bemächtigt hätten, zu welchem Gerüchte das wunderbare Kriegsglück, daß seit vielen Jahren die Lagunen wieder zugefroren sind, Anlaß geben konnte.

— Statt des so plötzlich gestorbenen Generals v. Supplikacz, Woiwoden von Serbien, ist der k. k. Generalmajor v. Theodorevich zum Woiwoden ernannt worden; er hat bereits am 5. Januar Grätz passirt, um sich an den Ort seiner Bestimmung zu begeben. (Ostd. P.)

— Auf folgende beim Staats-Ministerio eingereichte Beschwerde des Ober-Vorstehers Hellwitz zu Soest, „wegen Aufreizung des Landvolks gegen die Israeliten":

„Unter allen Verhältnissen, in welchen sich das preußische Vaterland je befand, haben sich die Israeliten gewiß eben so loyal, als alle anderen Confessionen bewiesen und sicherlich nie zurückgestanden, wenn es galt, ihre Anhänglichkeit an das angestammte hohe Herrscherhaus an den Tag zu legen. Stets haben sie, in der letzten Zeit böser Agitationen, mit sehr wenigen Ausnahmen, in Liebe zu ihrem Könige gehalten und wo sie konnten, die konstitutionelle Monarchie gegen republikanische Bestrebungen in Schutz genommen. Mit Freuden haben unsere Glaubensgenossen die unterm 5. d. M. verliehene Verfassung begrüßt und anerkannt, daß die hohe Regierung die Zustimmung und Verehrung aller wohlmeinenden Preußen verdiene. Dessenungeachtet aber sucht man die Israeliten in den Augen des Volks herabzusetzen und besonders das Landvolk gegen dieselben aufzuregen. Fast jede Nummer der „Neuen Preußischen Zeitung," welche sich die Aufreizung zur besonderen Aufgabe gestellt zu haben scheint, sucht in dieser Weise thätig zu wirken. In Nr. 1. des mit dieser Zeitung erscheinenden Sonntagsblatts sucht man die Israeliten Preußens als die jetzt noch Unzufriedenen zu stempeln, obgleich dieselbe die mehrste Ursache haben, mit den neuen Regierungs-Verordnungen die größte Zufriedenheit zu erkennen zu geben, was auch mit Ausnahme einiger weniger, undankbarer Wühler geschieht, und führe Beispielsweise an, daß sich in hiesiger ungefähr aus 200 Seelen bestehenden Gemeinde nur ein Einziger befindet, der nicht die gegebene Verfassung mit Freuden begrüßt hat; man sucht, wiewohl verschiedene Blätter die Anhänger der Israeliten an den Kaiser tadeln, die Revolution von Oesterreich als von den Israeliten darzustellen und diese selbst mit den schimpflichsten Ausdrücken zu verhöhnen. Würde diese Beschuldigung Wahrheit sein, so würden die Israeliten in Ungarn und Böhmen nicht so harte Verfolgungen haben erdulden müssen, weil sie der österreichischen Regierung treu waren. Dazu hat man das vorgenannte Blatt mehreren Zeitungen und Lokalblättern in hiesiger Provinz (z. B. der Elberfelder Zeitung, dem Hellweger Boten rc.) gratis beigegeben, um jene lächerliche Behauptung des Sonntagsblatts, die zwar in den Augen der Gebildeten ihre gerechte Würdigung, aber bei manchen in der Politik fremden Landbewohner Glauben finden dürfte, recht zahlreich zu verbreiten und dadurch dem ungerechten Hasse gegen die Israeliten neue Nahrung zu verschaffen.

Wenn nun auch das Gerücht, „die Neue Preußische Zeitung sei das Organ der hohen Regierung" auf Wahrheit beruhen sollte, so kann ich doch nicht glauben, daß Ein Hohes Ministerium die Art und Weise, das Landvolk auf Kosten einer dem Könige treuen Confession über die letzten Ereignisse aufzuklären, gutheißen werde. Ich kann nicht glauben, daß Ein Hohes Ministerium die Redaktion dieser Zeitung unter Ihren Augen Haß und Zwietracht (welche Anarchie in Gefolg haben) predigen läßt, ohne dieselbe zur Verantwortung zu ziehen.

Als Ober-Vorsteher der israelitischen Korporation des Herzogthums Westphalen und der Grafschaft Mark bitte ich demnach Ein Hohes Ministerium:

> dem böswilligen Verfahren der Redaktion der Neuen Preußischen Zeitung und des Sonntagsblattes hochgeneigtest Einhalt thun zu wollen und so den gewissen Irrthum, als umfasse Hochdasselbe nicht alle Staatsbürger mit gleicher Liebe und Gerechtigkeit, zu nichte zu machen

Mit aller Ehrerbietung

Der Ober-Vorsteher.

Soest, 27. Dezember 1848. (gez.) Hellwitz."

sagt die Neue Preußische Zeitung zu ihrer Rechtfertigung Folgendes:

Was zunächst das in der Eingabe erwähnte Gerücht betrifft, die neue Preußische Zeitung sei das Organ der Staats-Regierung, so müssen wir nochmals ausdrücklich erklären, daß unser Blatt in gar keiner, weder mit-

telbaren noch unmittelbaren Beziehung zur Regierung steht. Diese Zeitung ist ein durchaus unabhängiges Unternehmen, und wie dieselbe nach allen Seiten hin ihre volle Selbstständigkeit wahrt, so ist auch sie allein für ihre Haltung und ihr Auftreten verantwortlich.

Erledigt sich hiemit die auf falscher Grundlage ruhende Unterstellung, als athme unsere Sprache insbesondere bei den angeblichen Angriffen auf die Juden irgendwie gouvernementale Inspirationen, so wird dadurch auch die voreilige und höchst illiberale, dem sogenannten „Zeitbewußtsein der Märzerrungenschaften" ganz schroff widersprechende Anforderung der Eingabe: daß das Ministerium unserem Verfahren Einhalt thun möge, um so mehr beseitigt, als wir dieselbe Freiheit der Rede für uns in Anspruch nehmen, welche jedem Andern zu Theil geworden, und die Schranke dieser Freiheit nur im Gesetz, nicht aber in äußeren Einflüssen anzuerkennen gemeint sind.

Wenden wir uns nun speziell zu den Anklagepunkten, auf Grund deren Hr. Hellwitz im Widerspruche mit der bekannten Freisinnigkeit seiner Glaubensgenossen Censur und Interdikt gegen uns heraufzubeschwören bestrebt ist, so sollen wir fast in jeder Nummer die Israeliten in den Augen des Volks herabsetzen und namentlich das Landvolk gegen dieselben aufreizen — was schon auf den ersten Blick als eine starke Uebertreibung erscheint, da wir weit entfernt sind, uns in jeder Nummer mit den Juden zu beschäftigen. Wenn aber besonders unser Sonntagsblatt No. 1 in Bezug genommen wird, so lauten die Stellen, in denen überhaupt der Juden Erwähnung geschieht, folgendermaßen:

1) in Rücksicht auf die Steuer-Verweigerungsplakate: „Aber kein braver Preuße kehrte sich an den Zettel, als nur in Breslau und an noch ein Paar andern Orten machten die Juden und andere Feinde des Königs Spektakel."
2) in Rücksicht auf die Verfassungs-Verleihung: „Zweierlei aber macht mich traurig bei diesem großen Geschenk. Erstlich, daß die Juden und die Demokraten doch noch nicht zufrieden sind, sondern immer mehr haben wollen."
3) „In Oesterreich, wo die Juden und die Wiener Studenten im Oktober eine abscheuliche Revolution gemacht haben, ist jetzt auch wieder Ordnung."

Der Antragsteller wird nicht verlangen, daß wir hier eine ausführliche Darstellung des jüngsten Wiener Aufstandes geben, um die Betheiligung der Juden an demselben nachzuweisen, da namentlich das Verhalten des jüdischen Literatenthums in Wien weltbekannt geworden ist. Was aber die beiden andern Punkte betrifft, so müssen wir bei den Behauptungen unseres Sonntagsblattes nicht blos vollständig stehen bleiben, sondern dieselben noch erweitern und verallgemeinern. Denn es ist augenscheinliche Thatsache — und uns nimmt Wunder, wie Herrn Hellwitz dies so gänzlich entgehen konnte — daß nicht blos in Breslau und an ein Paar andern Orten, sondern fast überall im Lande; daß nicht blos in Bezug auf den Steuerverweigerungs-Beschluß, sondern bei allen politischen Akten und Wirren der letzten Zeit die Juden mit an der Spitze der Bewegung standen und heute noch stehen, und das in einem Maße und in einer Menge, welche mit dem Bevölkerungsverhältniß zwischen Juden und Christen gar nicht in Vergleich zu bringen ist.

In ganz Deutschland kommt ungefähr auf 50 Einwohner ein Jude. Gehen wir aber zunächst die gesammte deutsche oder die preußische Presse durch, so sind fast zwei Drittel sämmtlicher Redakteure und Correspondenten vom Handwerk Juden. Namentlich wird die gesammte radikale Presse beinahe ausschließlich von Juden geleitet. Wer im letzten Sommer Gelegenheit hatte, einen Blick auf die Literatentribüne unserer National-Versammlung zu werfen, erkannte in wenigstens zwei Dritteln der Berichterstatter Juden. Betrachten wir das Vereins- und Versammlungswesen oder andere Erscheinungen der politischen Propaganda, so stehen an der Spitze der Agitation fast überall Juden. So z. B. in Königsberg seit Jahren Jacoby und Walesrode; in Breslau Simon, Borchard, Asch, Linderer; in Berlin Julius, Benary, Levinsohn; in Düsseldorf Lasalle; in Köln Wolf und Geisenheimer 2c. Ob getaufte oder ungetaufte Juden, macht nach den praktischen Erfahrungen leider! bei sehr Vielen keinen Unterschied für das politische Verhalten. Der feste National- und Corporationsgeist der Juden reicht und zwar nicht ohne Berechtigung, über das Bekenntniß hinaus, wie sich Jeder, namentlich im gesellschaftlichen Leben Berlins, überzeugen kann. Dazu kommt, daß bei vielen getauften Juden die entschiedenste Frivolität und skeptische Dürre der religiösen Anschauung auf äußere Motive des Uebertritts zum Christenthum schließen läßt. Wie die Dinge einmal erfahrungsmäßig stehen, können wir nicht anders, als die Thatsache wiederholen, daß die Juden auf politischem Gebiet sich vorwiegend den oppositionellen und destruktiven Elementen zugesellen.

Das zeigt sich auch wieder auf das Deutlichste gerade in dem gegenwärtigen Augenblick. Wo wird die nothgedrungene Octroyirung der Verfassung besonders angefeindet? In der von Juden geleiteten radikalen Presse. Wo organisirt sich besonders der Widerstand gegen die vom Könige begründete Ordnung der Dinge? In den von Juden eingesetzten oder mit geführten oppositionellen Wahlcomité's. Greifen wir ein beliebiges dieser Comité's heraus, z. B. das Breslauer, so finden wir unter 12 Mitgliedern folgende Juden: Asch, Linderer, Engelmann, Friedensberg, Rosenhain. Welches Verhältniß! wenn man die Bevölkerungs-Verhältnisse damit vergleicht.

Woher kommt diese politische Oppositionswuth, um so auffälliger, als — wie Herr Hellwitz selbst bemerkt — die Juden, wenn auch früher zurückgesetzt, in neuester Zeit gerade am meisten Ursache zur Dankbarkeit und Zufriedenheit haben? Sie kommt, abgesehen von der Frivolität der glaubenslosen, irreligiösen Juden, welche mit dem frivolen Haufen der übrigen Radikalen jede Achtung vor einer Autorität irgend einer Art abgeworfen haben, aus der Geldgier der Juden, welche auf die Verwirrung spekulirt und, **um den eigenen Mammon nicht zu gefährden, die sich mehr und mehr aufdrängende Lösung der sozialen Probleme immer wieder auf das Gebiet der politischen Bewegung hinüberzuspielen sucht, um die Gemüther mit der politischen Verwirrung zu beschäftigen.** Die Juden mit ihrem centralisirten Geldaussaugesystem sind die gebornen Feinde der socialen Reform und zeigen sich thatsächlich in ganz unverhältnißmäßigem Grade als die Feinde jeder festen politischen Ordnung der Dinge.

Damit soll auf die zahlreichen Klassen gutgesinnter Israeliten kein Vorwurf gehäuft werden, welche dem Staate und seinen Gesetzen von ganzer Seele zugethan sind. Wir nennen in dieser Beziehung mit rühmlicher Anerkennung namentlich die Posener Juden und wollen uns innig freuen, wenn wir nach der Versicherung des Herrn Hellwitz auch in der großen Mehrzahl der westphälischen Juden treue und loyale Unterthanen des preußischen Staates begrüßen können. So lange uns aber Herr Hellwitz nicht nachgewiesen hat, daß überall die Juden zu den aufrichtigen Freunden der Ordnung gehören, so lange wir vielmehr vor Augen sehen, daß die oppositionellen Elemente im Staate vorwiegend aus Juden bestehen, so lange möge er es uns nicht verdenken, wenn wir diese Elemente als die Feinde unserer Sache bekämpfen und dabei von derselben Preßfreiheit Gebrauch, welche das Gesetz jedem Preußen gestattet. So entfernt wir dabei von aller Absicht einer Aufreizung sind, wie uns fälschlich vorgeworfen wird, so dringend halten wir es für Pflicht, die Thatsachen in ungeschminkter Wahrheit zu berichten. —

Getreide-Bericht.

Stettin, 12. Januar.

Für Weizen 52—58 Thlr. verlangt, ohne Geschäft.
Roggen, in loco und auf kurze Lieferung 26—27¼ Thlr. bez.
Gerste, 22—25 Thlr, und
Hafer, 15—16 Thlr.
Erbsen, große 30—36 Thlr., und kleine 28—32 Thlr.
Leinöl, in loco 10 Thlr incl. Faß, pro April—Mai 9⅚ Thlr. incl. Faß und auf Lieferung pro Frühjahr 10 Thlr. incl. Faß bez.
Rüböl, rohes, in loco $10\frac{11}{12}$ Thlr. bez.
Spiritus, roher, in loco 23 und —23⅛ % ohne Faß, pro Januar—Februar 23 % mit Faß, pro Februar 22¾ % mit Faß, und pro Frühjahr 21 % mit Faß bezahlt.
Zink, schles., pro Centner 4½ Thlr.

Berliner Börse vom 12. Januar.

Inländische Fonds, Pfandbrief-, Kommunal-Papiere und Geld-Course.

	Zinsfuss.	Brief	Geld	Gem.		Zinsfuss.	Brief	Geld.	Gem.
Preuss. frw Anl.	5	—	—	$100\frac{1}{2}$a$\frac{3}{4}$	Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{1}{2}$	
St. Schuld-Sch.	$3\frac{1}{2}$	—	$78\frac{3}{8}$		Kur-&Nm.do.	$3\frac{1}{2}$	$91\frac{3}{4}$	$90\frac{3}{4}$	
Seeh. Präm-Sch.	—	$96\frac{1}{4}$	$95\frac{3}{4}$		Schles. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
K. & Nm. Schldv.	$3\frac{1}{2}$	—	—		do. Lt. B. gar. do.	$3\frac{1}{2}$	—	—	
Berl. Stadt-Obl.	5	$98\frac{1}{4}$	$97\frac{3}{4}$		Pr. Bk-Anth-Sch.	—	$91\frac{1}{4}$	$90\frac{1}{4}$	
Westpr. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	$83\frac{5}{6}$	$83\frac{1}{8}$		—				
Grosh. Posen do.	4	96	$95\frac{1}{2}$		Friedrichsd'or.	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$	
do. do.	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{1}{4}$	$80\frac{3}{4}$		And. Gldm. a 5 tlr.	—	$12\frac{11}{12}$	$12\frac{5}{12}$	
Ostpr. Pfandbr.	$3\frac{1}{2}$	—	$90\frac{3}{4}$		Disconto	—	—	$4\frac{1}{2}$	

Ausländische Fonds.

Russ Hamb. Cert.	5	—	—		Poln. neue Pfdbr.	4	$91\frac{1}{2}$	91	
do. b. Hope 3 4. s.	5	—	—		do. Part. 500 Fl.	4	—	72	
do. do. 1. Anl.	4	—	—		do. do. 300 Fl.	—	—	98	
do. Stiegl. 2 4 A.	4	—	$84\frac{3}{8}$		Hamb. Feuer-Cas	$3\frac{1}{2}$	—	—	
do. do. 5 A.	4	—	—		do. Staats-Pr. Anl	—	—	—	
do. v. Rthsch. Lst.	5	—	$103\frac{3}{8}$		Holl. 2½ o/o Int.	$2\frac{1}{2}$	—	—	
do. Poln. Schatz O	4	70	$69\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$	Kurh. Pr. O. 40 th.	—	—	—	
do. do. Cert. L. A.	5	—	84		Sard. do. 36 Fr.	—	—	—	
dgl. L. B. 200 Fl.	—	—	$13\frac{1}{6}$		N. Bad. do. 35 Fl.	—	—	—	
Pol. Pfdbr. a. a. C.	4	$92\frac{1}{4}$	91[illegible]						

Eisenbahn-Actien.

Stamm-Actien.	Zinsfuss.	Reinertr 47	Tages-Cours.	Priorit.-Actien	Zinsfuss.	Tages-Cours.
Berl. Anh. Lit. A. B	4	$7\frac{3}{4}$	$78\frac{1}{4}$ G. $\frac{3}{4}$ B.	Berl-Anhalt	4	$86\frac{1}{2}$ B.
do. Hamburg	4	$2\frac{1}{2}$	—	do. Hamburg	$4\frac{1}{2}$	93 bz.
do. Stettin-Stargard	4	6	89 B.	d0. Potsd.-Magd.	4	$84\frac{1}{2}$ B.
do. Potsd.-Magdebg.	4	4	$60\frac{1}{2}$ bz.	do. do	5	$94\frac{1}{4}$ bz.
Magd.-Halberstadt	4	7	—	do. Stettiner.	5	$101\frac{1}{2}$ B.
do. Leipziger	4	15	—	Magdb.-Leipziger	4	—
Halle-Thüringer	4	—	$50\frac{1}{4}$ B. $49\frac{3}{4}$ G.	Halle-Thüringer	$4\frac{1}{2}$	86 G. $\frac{1}{4}$ B.
Cöln-Minden	$3\frac{1}{2}$	—	$78\frac{1}{4}$ a $\frac{1}{2}$ bz. u. G.	Cöln-Minden	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{2}$ B.
do. Aachen	4	4	54 B.	Rhein. v. Staat gar.	$3\frac{1}{2}$	—
Bonn-Cöln	5	—	—	do. 1 Priorität.	4	—
Düsseld.-Elberfeld	4	$4\frac{1}{2}$	—	do. Stamm-Prior.	4	—
Steele-Vohwinkel	4	—	$32\frac{1}{2}$ G.	Düsseld.-Elberfeld	4	—
Niederschl. Märkisch.	$3\frac{1}{2}$	—	$71\frac{1}{4}$ bz. u. G.	Niederschl.-Märkisch.	4	86 bz.
do. Zweigbahn	4	—	—	do. do	5	$98\frac{3}{4}$ G.
Oberschles. Litr. A.	$3\frac{1}{2}$	6	93a$\frac{1}{2}$ bz. u. G.	do. III. Serie.	5	$93\frac{3}{4}$ G.
do. Litr. B.	$3\frac{1}{2}$	6	93a$\frac{1}{2}$ bz. u. G.	do. Zweigbahn	$4\frac{1}{3}$	—
Cosel-Oderberg	4	—	—	do. do.	5	$78\frac{1}{2}$ B.
Breslau-Freiburg	4	5	—	Oberschlesische	4	—
Krakau-Oberschles.	4	—	—	Cosel-Oderberg	5	$95\frac{1}{2}$ G.
Bergisch-Märkische	4	—	59 B. $58\frac{1}{2}$ G.	Steele-Vohwinkel	5	84 G.
Stargard-Posen	$3\frac{1}{2}$	—	$70\frac{1}{4}$ G.	Breslau-Freiburg	4	—
Brieg-Neisse	4	—	—			
Quittungs-Bogen.		Einz.		**Ausl. Stamm-Actien.**		
Berlin-Anhalt Lit. B.	4	90	—	Dresden-Görlitz	4	—
Magdeb.-Wittenberg	4	60	$38\frac{1}{2}$ G.	Leipzig-Dresden	4	—
Aachen-Mastricht	4	30	—	Chemnitz-Risa	4	—
Thür. Verbind.-Bahn	4	20	—	Sächsisch-Bayerische	4	—
Ausl. Quittgs.-Bogen.				Kiel-Altona	4	89 G.
Ludw.-Bexbach 24 Fl.	—	—	—	Amsterdam-Rotterdam	4	—
Pesther 26 Fl.	4	90	—	Mecklenburger	4	$35\frac{1}{4}$ G.
Fried.-Wilh.-Nordb.	4	90	$37\frac{1}{4}$ a $\frac{3}{4}$ bz. u. G.			

Barometer- und Thermometerstand
bei C. F. Schultz & Comp.

Januar.	Tag.	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° reduzirt.	12	336,78‴	338,68‴	339,51‴
Thermometer nach Réaumur.	12	— 9,2°	— 4,5°	— 10,0°

Beilage.

Beilage zu No. 11 der Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

Sonnabend, den 13. Januar 1849.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 9. Januar. In der 148sten Sitzung der Reichs-Versammlung wird zu der gestern verschobenen Abstimmung über die Bestimmungen des Reichs-Haushalts geschritten, und von Soiron erhält das dem Berichterstatter vorbehaltene Schlußwort. Unter dem, was er zur Begründung der Ausschußvorschläge beibringt, heben wir hervor, was er sagt, um dem Staatenhause den gebührenden Antheil an den Finanzbewilligungen zu vindiziren. Jede Zeit hat ihren besonderen Enthusiasmus, und ein sehr kostspieliger Enthusiasmus unserer Gegenwart ist der volkswirthschftliche. Dieser könnte leicht in seinem Einheits- und Gleichmachungsdrange so tief in die Taschen der Einzelstaaten hineingreifen, daß sie dadurch ruinirt würden.

Die zu dem Vorschlage des Verfassungs-Ausschusses gestellten Verbesserungs-Anträge füllen einen halben Druckbogen, und die Ordnung der Fragen ruft eine förmliche Debatte zwischen von Vincke, Moritz Mohl, Plathner, Hehner, Rößler von Oels und dem Präsidenten hervor. Nach ihrer Beendigung ergiebt die Abstimmung folgendes Resultat:

„Bei Feststellung des Reichshaushaltes treten folgende Bestimmungen ein:

1) Alle die Finanzen betreffende Vorlagen der Reichs-Regierung gelangen zunächst an das Volkshaus.
2) Bewilligungen von Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichs-Regierung und bis zum Belauf dieses Antrages erfolgen.
3) Alle Bewilligungen von Ausgaben sind nur für den besonderen Zweck, für welchen sie gefordert wurden, ertheilt anzusehen, und nur in der Gränze der Bewilligung kann die Verwendung erfolgen.
4) Die Dauer der Finanzperiode ist ein Jahr.
5) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reservefonds, so wie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel, wird auf dem ersten Reichstag durch Reichstagsbeschlüsse festgestellt. Eine Erhöhung dieses Budgets auf späteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstags-Beschluß.
6) Dieses ordentliche Budget wird auf jedem Reichstag zuerst dem Volkshaus vorgelegt und von diesem in seinen einzelnen Ansätzen und nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweise bewilligt oder verworfen.
7) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus abgegeben. Diesem steht, innerhalb des Gesammtbetrages des ordentlichen Budgets, so wie derselbe auf dem ersten Reichstage oder durch spätere Reichstagsbeschlüsse festgestellt ist, nur das Recht zu, Erinnerungen und Ausstellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig entscheidet.
8) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des ordentlichen Budgets, eines Reichstagsbeschlusses.
9) Die Nachweisung über die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage und zwar zuerst dem Volkshause zur Prüfung und zum Abschluß vorgelegt.

Unter den beantragten Zusätzen der verschiedensten Art, die bei der Abstimmung verworfen worden, ist unter anderen der des Abgeordneten von Hermann aus München auf Aufstellung eines „Reichsrechnungs-Hofes". Die geänderte Nummerzahl der Absätze des Paragraphen rührt von der Einschiebung unter Nr. 3 her.

Angenommen wird ferner nach dem Ausschußantrage die Wiederherstellung der bei der Berathung über §. 19 an den Verfassungsausschuß zurückgewiesenen Theile des Paragraphen mit dem Zusatze (des Minderheitserachtens) jedoch, daß die Uebereinstimmung der Reichsregierung und des Reichstags auch erforderlich ist (Nr. 3): „Wenn Papiergeld eingeführt oder das vorhandene vermehrt werden soll."

Die nächste Sitzung findet Donnerstag und zum ersten Male wieder in der Paulskirche statt.

— Die Köln. Ztg. enthält nachstehende Correspondenz: Die gestrige Sitzung der National-Versammlung und ihre Berathung über die Preußische Frage hat wohl alle, welche dabei mit activer oder passiver Theilnahme zugegen waren, den niederschlagendsten Eindruck hervorgebracht. Es war ein Wühlen im eigenen Fleisch und Blut, ein schadenfrohes Aufdecken der schlimmsten Blößen. Eine schlimme Vorbedeutung für die Oesterreichische Frage, deren Berathung auf nächsten Montag bestimmt ist! Die Schuppen müssen doch endlich auch den Blindesten von den Augen fallen. Der Hohn, mit welchem Oesterreich dem freien Deutschland seine letzte Botschaft zugesendet und worin es alle Rechte verlangt, ohne irgend eine Pflicht zu übernehmen — so will es weder Flotten-Beiträge, noch seinen Antheil an den Kosten für die Central-Gewalt bezahlen — erschöpft doch das letzte Maß der Geduld und Nachsicht. Oesterreich hat, wenn man es gut deutsch sagen will, seit neun Monaten Deutschland und dessen National-Vertreter am Narrenseil herumgeführt, und es ist jetzt der Fluch, der über uns kommt, daß wir das, was wir schon lange in uns erkannten, nicht offen vor der ganzen Welt zu gestehen wagten, und daß wir uns mit leeren Hoffnungen und Wünschen hinhielten. Hr. v. Gagern soll gerade in Folge der neuen Note gesonnen sein, fest auf seinem Programme zu verharren, und es wäre leicht möglich, daß dieselbe ihm die schwankende Majorität befestigte und neue Anhänger zuführte. Deutschland muß mit Oesterreich auf die eine oder andere Weise zu Ende kommen. Wenn die Entscheidung auf einem Entweder — Oder steht, so kann es nicht zweifelhaft sein, wohin sie zu treffen ist.

— Der von der provisorischen Centralgewalt nach Paris geschickte Abgeordnete Fr. v. Raumer ist vor einigen Tagen nach Frankfurt zurückgekehrt. Man hatte ihn, wie ein Privatschreiben aus Frankfurt meldet, wegen seiner Anerkennung bis nach der Präsidentenwahl vertröstet; sein Warten war jedoch vergeblich. In Paris, sagt dies Privatschreiben, hoffe man, daß Oesterreich und Preußen in Zwiespalt gerathen würden und Bayern sich nöthigenfalls an Frankreich werde anschließen wollen. (!!) Man berufe sich dort auf die Verträge von 1815 und weise darauf hin, daß die Rheinprovinzen nur dem Staatenbunde, wie er sich damals konstituirt habe, überlassen worden seien, die man, wenn ein Bundesstaat sich bilde, zurücknehmen werde! (N. K.)

Großbritannien.

London, 8. Januar. Der Herzog von Wellington ist auf seinem Landsitze Strathfieldsayn ernstlich erkrankt. Das Gerücht von seinem Tode war schon an der Börse verbreitet, doch wurde es bald widerrufen.

— In einem Aufsatze: „Interessen? oder Klassen?" sagt die Neue Preußische Zeitung:

„Die Schrift des Ministers Grafen Arnim über „die Verheißungen des 22. März und die Verfassung vom 5. Dezember" ist ganz besonders in dieser Frage so über das Geschichtliche lehrreich, als in Vorschlägen anregend, selbst da, wo wir nicht ganz folgen können.

Es heißt S. 18: „Aus den nebelhaften Gebilden der Sozialisten und Kommunisten von Herrschaft der Arbeit, Recht auf Arbeit, Nationalwerkstätten u. s. w. war mit gewaltiger Erschütterung deren fester Kern in die civilisirten Völker des Festlandes geschleudert und tief eingedrungen: der Anspruch der bisher von der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossenen handarbeitenden Klasse auf Mitberechtigung zur Theilnahme und Vertretung bei dieser — ein 4ter Stand."

Im Verfolge dessen erfaßte das Ministerium des 19. März die Idee der breitesten Grundlage, es sollte in der neuen Verfassung jede Klasse sich vertreten fühlen, es sollte eine alle Interessen des Volks umfassende Vertretung stattfinden (S. 24). Da indeß andererseits diese Idee, richtig verstanden, eine Vorsorge für die in einer geringeren Zahl von Staatsbürgern repräsentirten Interessen erheischt, so beabsichtigte das Ministerium vom 19ten diesen seinen am 22. gegebenen Verheißungen durch einen niedrigen Census für die Wahlen zur 1ten Kammer, diesen entgegengesetzten Rücksichten Genüge zu leisten. Und zwar war diese getroffene Auskunft keine ein für allemal abgemachte, sondern die Berathung blieb offen, ob nicht allerdings auch die allerunterſten Steuerklassen, aber zur Vermeidung der Ueberzahl nur durch Vertreter, an den Urwahlen theilnehmen sollten. Dies Letztere ist nun der Vorschlag, auf welchen die vorliegende Schrift zurückkommt (S. 74), um ihn als den sichersten Weg zur gerechten Vertretung aller Interessen und Klassen zu empfehlen.

Wir freuen uns dieser Andeutungen und Angaben, wir freuen uns namentlich der Belehrung über den Sinn der Verheißungen vom 22. März, dem gemäß sie die Kopfzahl-Wahlen nicht nur nicht enthalten, sondern uns vielmehr verpflichten, von der Kopfzahl zurückzukommen, weil sie die verheißene breite Grundlage und Vertretung aller Interessen hindert. Demnächst aber kommen wir auf unsere Frage zurück: Klassen? oder Interessen? Die eben bezeichneten Verheißungen und Vorschläge behandeln beide Begriffe als vertauschbare. Die Verschiedenheit der Interessen wird nicht auf die Art, sondern auf die Größe des Besitzes und Berufsgebietes bezogen.

In der That kann es auch unsere Meinung nicht sein, geradezu und einseitig den entgegengesetzten Weg einschlagen zu wollen. In gewissen Beziehungen ist der Unterschied von Art und Art, in andern der von Groß und Klein der politisch entscheidende. Kunst und Wissenschaft wird in der ersten Kammer vertreten sein ohne Unterscheidung des Kleinen und Großen — es wäre denn, daß man das Handwerk als halbe oder kleine oder niedrige Kunst, und die Volksschule als kleine Wissenschaft in der 2ten Kammer vertreten sein ließe.

Zeigt es sich aber nicht eben hier, daß die Größe nur in Betracht kommt, sofort sie eine Art Unterschied bewirkt? Zeigt es sich nicht, daß der Großhandel und der große Grundbesitz mit der Wissenschaft und Kunst deshalb zusammentreten, weil sie für das Leben des Staats nach innen und nach außen eine ganz andere Bedeutung als der Kramhandel oder die auf den Familien-Bedarf berechnete Ackerwirthschaft haben?

Schon also an dem Verhältnisse zwischen erster und zweiter Kammer, je mehr man sich der freilich noch nie genug aufgehellten Gründe, welche zur Bildung zweier Kammern drängen, bewußt zu werden strebt, wird es klar, daß nicht ein Mehr und Weniger zu dem Bedürfnisse gesonderter Vertretung führt, sondern in der ersten Kammer sind es Mächte von unmittelbar politischer Bedeutung, welche vertreten werden. Woher kommt es, daß man den Großhandel und die große Fabrikation jetzt einem natürlichen Gefühle gemäß in die erste Kammer weist? Nicht weil er größer als vor 50 Jahren geworden ist, sondern weil er bestimmend in die Staatsangelegenheiten eingreift. Eine große Spekulation, nicht blos an der Börse, sondern auch sonst im Handel und Fabrikwesen, ist jetzt eben solche politische That, als es in vergangenen Zeiten eine Maßregel eines Grundherrn in Beziehung auf seine Hintersassen war. Die politischen Mächte müssen mit den Mächten der Börse ähnlich verkehren, wie sie unter einander verhandeln. Politik ist zu einer Art Geschäft geworden, und Börsenverkehr eine Art Politik. Wie denn auch der große Landbau zu einer Art der Industrie, und wieder alle Industrie zu einem nur im Vertriebe die Handels-Artikel umgestaltenden Handel geworden ist. So gehören also Großhandel, großer Grundbesitz, große Industrie der Art nach zusammen, und gehören zusammen mit der Politik. Fügt man noch Wissenschaft, Kunst und Krieg hinzu — von Religion ist leider nicht viel zu sagen — so vertritt die erste Kammer nicht bestimmte Klassen, sondern sie vertritt diejenigen Interessen, aus denen sich unmittelbar das Staatsleben zusammensetzt.

Diese Interessen vertreten die Mitglieder der ersten Kammer nicht als die ihrigen, sondern als die Aller und eines Jeden. Mögen sie gewählt sein durch wen es sei, so waren schon ihre Wähler — sie mußten sich so betrachten und in diesem Sinne ihr Wahlrecht als Wahlamt üben — Vertreter des Ganzen, eben dadurch, daß sie aus diesen das ganze Staatsgetriebe unmittelbar bedingender Berufskreisen heraus gewählt haben.

Die erste Kammer soll nicht eine einzelne Klasse vertreten, sondern in der ersten Kammer vertritt eine, allerdings der Zusammensetzung nach überwiegend aus Mitgliedern der ersten Klasse bestehende Versammlung die Alle angehenden, höchsten und allgemeinsten Interessen. Dies aber wird überhaupt der Sinn der Interessenvertretung sein müssen. Jeder soll das ihm zugewiesene Berufs- und Rechtsgebiet als ein besonderes Interesse im Ganzen, keineswegs aber als **sein** besonderes, sondern als **ein** besonderes Interesse Aller vertreten.

Wo das nicht geschieht, da ist Krieg, offener oder versteckter, und von den so gegen einander vertretenen Parteien wird allemal die überstimmte, im Namen des Rechts zur Vertretung, auf eine solche Vertretung dringen, wodurch **sie** überstimmen kann, und bis zur Gewährung sich gegen das bestehende Recht zu Allem berechtigt halten.

Soll nun die arbeitende Klasse so vertreten werden, daß sie in der Minderheit bleibt, oder so, daß sie ihre Wünsche oder die Wünsche ihrer Führer durchsetzen kann? Wir meinen, daß wenn die arbeitende Klasse wirklich als solche vertreten zu sein forderte, dann ihr eben nur mit dem letzteren, nicht aber mit dem in der vorliegenden Schrift gemachten Vorschlage genügt wäre. Aber jenes Begehren war wirklich nur „durch Demagogen künstlich angefacht." Alles soziale Elend, alle Verschuldung des Besitzes gegen den Nichtbesitz möchte zugegeben werden, aber für jene Forderungen, die im Namen der Arbeiter gemacht wurden, war es nur Vorwand. Wie dem sei, so ist Friede in diesem Kriege doch nur da, wo der Arbeiter einsieht, daß der Besitzende, wie er seiner bedarf, so auch ihn vertritt durch Vertretung des nämlichen Interesses, an welches ihn sein Besitz, sein Gewerbe oder Beruf knüpft. Eine Form aufzustellen, wodurch sich dies Mitvertretensein des Arbeiters ausdrückt und ihm fühlbar wird, ist gewiß dankenswerth. Aber die Hauptsache bleibt doch, daß sich wirklich das wählende Volk nach seinen Interessen gliedere, daß die Gemeinden und Corporationen, ihre Glieder aus den verschiedensten Klassen und Schichten zusammenlesend, dann ihre Abgeordneten senden, jede in dem Bewußtsein, ein besonderes Interesse zu vertreten, aber ein Interesse, das Alle interessirt und unmittelbar Betheiligte in jedem Stande zählt. Dann erst ist der Neid, der Krieg, der Kommunismus überwunden, der in der Bewegung des vorigen Jahres, nicht nur in der Forderung des 4ten Standes, sondern mehr noch in dem Echauffement des Bürgers gegen Soldaten, Offiziere, Beamten, Fürsten, kurz in der Erbitterung des 3ten Standes gegen ersten, 2ten und 4ten Stand zum Schaden für alle Stände und Interessen hervorgebrochen war."

Concert à la Strauss

jeden Sonntag im „Elisium".

Auf mehrseitiges Verlangen kommt zur Aufführung: **grosses Potpourri Charivari.**

Entree für Herren 2½ Sgr., für Damen 1 Sgr.

Vortrag über die innere Mission für den Frauenverein am Montag den 15ten Januar, Nachmittags 5 Uhr, im Saale der Elisabeth-Schule. Herr Prediger Moll.

Officielle Bekanntmachungen.

Publicandum.

Nach Vorschrift des §. 14 der Polizei-Ordnung vom 15ten Dezember 1840 sollen während des Frostwetters die Rinnsteine und Kanäle regelmäßig Mittwochs und Sonnabends, außer dieser Zeit aber auch dann, wenn sie übertreten, bis auf den Grund aufgeeiset, glatte Stellen sofort zerstört und bei eingetretener Winterglätte die Straßen und der Bürgersteig, soweit er begangen wird, mit Sand, Asche oder anderm entsprechenden Materiale bestreut werden.

Die Hausbesitzer werden aufgefordert, auf die Ausführung dieser für die Bequemlichkeit und Sicherheit der Passage nöthigen Vorschriften selbst zu halten und die Polizei-Offizianten nicht in die Nothwendigkeit zu versetzen, Kontraventionen, falls ihrer Aufforderung zu deren Abhülfe in bestimmter Frist nicht genügt wird, ihrer Instruktion gemäß auf Kosten des Verpflichteten zu beseitigen.

Stettin, den 12ten Januar 1849.
Königl. Polizei-Direktion. Hessenland.

Entbindungen.

Die heute Abend 11¾ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Auguste, geb. Eichstädt, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich hiermit Freunden und Verwandten ganz ergebenst anzuzeigen.

Stettin, den 11ten Januar 1849.
C. G. Malbranc.

Gerichtliche Vorladungen.

Edictal-Citation.

Das im Randowschen Kreise Vorpommerns belegene von Raminsche Lehngut Kyritz soll im Wege der Exekution zur nothwendigen Subhastation gestellt werden. Es werden daher alle Diejenigen, welche Real-Ansprüche, die nicht in das Hypothekenbuch eingetragen sind, an diesem Gute zu haben vermeinen, aufgefordert, dieselben in dem hierzu an der Gerichtsstelle vor dem Referendarius von Radecke auf den 16ten April künftigen Jahres, Vormittags 11 Uhr, angesetzten Termine anzumelden, widrigenfalls sie bei ihrem Ausbleiben alles wider sich gelten lassen müssen, was von den bekannten Realprätendenten mit den übrigen Betheiligten verhandelt wird.

Stettin, den 3ten September 1848.
Königliches Ober-Landesgerichts. Erster Senat.

Subhastationen.

Nothwendige Subhastation.
Cöslin, den 31sten August 1848.
Königliches Ober-Landesgericht. Erster Senat.

Das Rittergut Jezow a., Lauenburgschen Kreises, aus den combinirten Antheilen a bis d bestehend, landschaftlich abgeschätzt auf 20,798 Thlr. 19 sgr. 10 pf., soll im anberaumten Termine am 20sten April fut., Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Kaufbedingungen sind in unserem dritten Bureau einzusehen.

Verkäufe unbeweglicher Sachen.

Ich bin willens, mein zu Rosow belegenes Mühlengrundstück, welches noch mit einer Bäckerei verbunden ist, aus freier Hand zu verkaufen.
Rackow, Mühlenbesitzer.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Fichten Klobenholz offeriren a 4⅓ Thlr.
Köhlau & Silling.

Bollwerk 1096 ist billig Coaks zu haben bei
J. Raddatz.

Eine aus Süd-Amerika erhaltene Käfer- und Schmetterlings-Sammlung ist zu verkaufen. Das Nähere Königsplatz 825, 3 Treppen.

Ein bequemer Familien-Schlitten ist billig zu verkaufen oder für die Dauer des Winters zu vermiethen in der breiten Straße No. 370.

Sehr schöne große Candle-Kohlen, zur Zimmerheizung vorzüglich zu empfehlen, haben noch vorräthig
Engel, Beckmann & Co.,
gr. Oderstraße No. 10.

Frischen geräucherten Lachs
bei A. Kluge, Mittwochstraße 1056.

Vermiethungen.

Zwei wohl eingerichtete Wohnungen, bestehend aus Stube, Kammer, Küche und Holzgelaß rc., sind sogleich oder auch am 1sten April d. J. Pladrin 113 zu vermiethen.

Pelzerstraße No. 655, dritte Etage, sind 2 Stuben, 1 Kammer, Küche, Keller, gemeinschaftliches Waschhaus und Trockenboden den 1sten April d. J. zu vermiethen. Das Nähere daselbst.

Mönchenstr. 459/60 ist ein Laden sogleich zu vermiethen.

Heumarkt- und Schuhstraßen-Ecke No. 138
ist zum 1sten April eine Wohnung 3 Treppen hoch, bestehend aus 3 Stuben, Kammern, Küche, Waschhaus und Bodenraum, zu vermiethen.

Große Oderstraße No. 62 sind in der vierten Etage 3 Stuben nebst Zubehör zum 1sten April c. zu vermiethen.

Die 3te Etage meines Hauses, 4 Zimmer nebst sämmtlichem Zubehör, ist zu vermiethen.
T. C. Lüderitz, Mittwochstraße No. 1058.

Frauenstraße No. 901 ist die bel Etage zum 1sten April zu vermiethen.

Königsstraße No. 182 ist die dritte Etage zu vermiethen.

Die aus Entree, 5 Stuben, Küche rc. bestehende 2te Etage Mönchenstr. No. 473 ist zu vermiethen.

Im Speicher No. 3 auf dem Schmidtschen Holzhofe ist ein Boden für leichte Waaren zu vermiethen.

Auf dem Schmidtschen Holzhofe ist eine möblirte Stube nebst Kabinet mit Möbeln zu vermiethen.

Roßmarkt No. 694 ist eine freundliche Stube und Kammer möblirt zu vermiethen.

In der Louisenstraße No. 750 ist die vierte Etage, bestehend aus 6 herrschaftlichen und einer Mädchenstube, heller Küche, Speisekammer nebst allem Zubehör, zum 1sten April d. J. zu vermiethen. Näheres beim Wirth. Das Quartier kann nur Nachmittags von 2½ bis 4½ Uhr besehen werden.

Auf dem Schmidtschen Holzhofe ist eine möblirte Stube zu vermiethen.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Da sich das Gerücht verbreitet hat, 450 Thlr. Schulden zu haben, so ersuche ich alle Diejenigen, welche rechtmäßige Forderungen an mich zu machen haben, die Rechnungen gr. Paradeplatz No. 510 abzugeben.
Kospoth.

Zum Stimmen der Pianoforte und Tanzspiel auf denselben empfiehlt sich Kospoth,
jetzt wohnhaft Rosengarten No. 263.

Ein billiges Schlittenfuhrwerk nach Stepenitz ist für die nächsten Tage zu haben bei Harp, Rosengarten No. 297.

Vom 15ten d. M. an wird das Mahlgeld für Weizen sowohl als für Roggen auf 6 Thlr. erhöht, welches unsern geehrten Kunden hiermit angezeigt wird.
Stettin, den 12ten Januar 1849.
Vereinsmühle zu Pommerensdorfer Anlagen.

Zur Bequemlichkeit für alle Diejenigen, welche die Herren Gebrüder Born in Erfurt mit Aufträgen auf selbst erzeugte Sämereien rc. beehren wollen, haben dieselben Unterzeichneten beauftragt, die Bestellungen und Gelder anzunehmen. Porto dafür trifft demnach die resp. Abnehmer nicht, sondern nur dasjenige für die Zusendungen, was auch niedrig sein wird, weil stets mehrere Sendungen zusammen expedirt werden. Gewiß wird diese Erleichterung Anerkennung finden und zu reichhaltigen Aufträgen veranlassen.
Die Zufriedenheit ihrer geehrten Abnehmer zu erwerben, ist das Ziel, wonach die Producenten streben.
J. Wahl in Stettin.

Meine Wohnung ist **Küterstraße No. 41.**
A. Bathke,
mit Taxe angestellter Leichenkommissarius.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum erlauben wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen, daß wir am hiesigen Platze ein
Cigarren-, Rauch- und Schnupf-Tabacks-Geschäft
errichtet haben. Unser Lager bietet eine reichhaltige Auswahl gelagerter Havanna, Hamburger und Bremer Fabrikate bester Qualität. Geehrte Consumenten laden wir ergebenst ein und versprechen bei reellster Bedienung die möglichst billigsten Preise.
HAASE & BADTKE,
Kohlmarkt und gr. Domstraßen-Ecke.

Wagen, Helme rc. werden unter Garantie der Dauerhaftigkeit billig lackirt; auch besorge ich jede vorkommende Reparatur an Wagen aufs billigste und beste.
Bernhardt, Wagenlackirer,
Pladrin No. 112.

Diejenigen, welche zur Zeit Anforderungen an meinen Sohn, den Gutsbesitzer Herrn George Wilhelm von Warburg zu Lebehne haben, fordere ich auf, binnen spätestens bis Ende dieses Monats dem Herrn Justizrath Alker zu Stettin den Betrag und Rechtsgrund ihrer Forderungen anzugeben und zu bescheinigen, da ich mich dann entschließen will, ob und in wie weit ich diese Ansprüche tilgen werde. Meldungen, welche später eingehen, und Ansprüche, welche von jetzt ab entspringen, werde ich nicht berücksichtigen.
Hohen-Landin, den 10ten Januar 1849.
Verwittw. Generalin von Warburg.